

»Postmarxist«, »Philosophie-Enter-
tainer« und Liebling des bürgerli-
chen Feuilletons: Slavoj Žižek über
den »revolutionären Akt« in ausweg-
losen Zeiten.

Von Carolin Amlinger **Seiten 10/11**



Unterwandern

Der russische Exoligarch Michail Cho-
dorkowski möchte seinem Land
3 eine »Farbrevolution« verpassen

Sanktionieren

Hartz-IV-Reform: »Rechtsvereinfachun-
gen« mit mehr Überwachung und
4 weniger Ansprüchen

Vermitteln

Einigung in Sanaa. Jemenitische Regierung
6 und Houthis unterzeichnen Vertrag
zur Konfliktbeilegung

Protestieren

Signal an New York: Internationaler Akti-
7 onstag fordert Maßnahmen gegen
Klimawandel. Von Hilmar König

Erdogan will Flugverbot

Rußland warnt den Westen vor Einrichtung einer Pufferzone im Norden Syriens nach dem Vorbild Libyens. 150 000 Syrer fliehen vor IS-Terror in die Türkei. **Von Karin Leukefeld**

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat mit den USA und der NATO über die Einrichtung einer Pufferzone im Norden Syriens gesprochen. Das bestätigte Pentagonsprecher John Kirby der türkischen Zeitung *Hürriyet Daily News*. Die US-Administration habe mit der türkischen Regierung über eine Pufferzone diskutiert, sagte er. »Wir verstehen die Sicherheitsprobleme, und wir verstehen ihren Wunsch nach einer Art von Pufferzone. Aber ich werde nicht über Einzelheiten sprechen.«

Die Maßnahme, die nach Vorstellung Ankaras auch eine Flugverbotszone umfassen soll, erfordert nach Ansicht des russischen Botschafters in Ankara, Andrei Karlow, eine Resolution des UN-Sicherheitsrates. Karlow warnte, daß der Westen nicht den gleichen Fehler wiederholen dürfe, den er in Libyen gemacht habe. Eine Pufferzone sei vielleicht »gut gemeint«, würde aber ohne eine Resolution des UN-Sicherheitsrates »mehr Schaden anrichten«. Rußland habe seit langem vor der Gefahr gewarnt, terroristische Organisationen zu unterstützen, um die syrische Regierung von Präsident Baschar Al-Assad zu schwächen, so Karlow.

Mit der Forderung nach einer Puffer- und Flugverbotszone unterstützt Ankara die Wünsche der oppositionellen syrischen Nationalen Koalition (Etilaf), die ihren Sitz in der Türkei hat. Die vom Westen anerkannte Opposition fordert – wie ihre Vorgängerorganisationen – seit 2011 eine Flugverbotszone im Norden und Süden Syriens. Sollte eine Pufferzone eingerichtet werden, würde sie auch von deutschen Patriot-Abwehrkräften kontrolliert, die in der Türkei stationiert sind.

Die von Ankara geforderte Puffer- und Flugverbotszone soll den Strom



Syrische Flüchtlinge warten am Montag darauf, die türkische Grenze in Suruc passieren zu dürfen

von Flüchtlingen stoppen. Offiziellen Angaben zufolge sollen in den letzten Tagen bis zu 150 000 Menschen in die Türkei geflohen sein, um sich vor einer neuen Offensive des »Islamischen Staates« (IS) auf Kobani (arabisch: Ain Al-Arab) im syrisch-türkischen Grenzgebiet in Sicherheit zu bringen. Kobani ist eines von drei Gebieten im Norden Syriens, die von der kurdischen Partei der Demokratischen Union (PYD) in eine Art Selbstverwaltung geführt wurde. Die Kurden nennen das Gebiet Rojava.

Politiker der Demokratischen Volkspartei (HDP) waren am Wochenende

in Kobani von Flüchtlingen über das brutale Vorgehen der IS-Kämpfer informiert worden. Der Parlamentsabgeordnete Ibrahim Binici (HDP) sprach gegenüber der Nachrichtenagentur *Reuters* von einer »Vernichtungsoperation«. Menschen würden enthauptet und deren Köpfe würden ausgestellt, das sei »eine Schande für die Menschheit«.

Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) hat derweil junge Kurden aus der Türkei aufgefordert, sich dem Kampf gegen IS im Norden Syriens anzuschließen. PKK-Führer Dursun Kalkan beschuldigte die Türkei der »Kollaboration«

mit IS. Ankara wolle sich territorial nach Syrien und in den Irak ausweiten und unterstütze IS mit Waffen und Munition, sagte er der Nachrichtenagentur *Firat*. Die Türkei weist das zurück. Am Sonntag gingen türkische Sicherheitskräfte im Grenzgebiet mit Tränengas und Wasserwerfern gegen junge Leute vor, die nach Syrien wollten, um sich dort dem Kampf gegen IS anzuschließen.

Nach Angaben der Kurdischen Selbstverteidigungskräfte (YPG), konnte die IS-Offensive am Montag östlich von Kobani zunächst gestoppt werden.

Taliban kämpfen auch gegen neue Regierung



KABUL. Die islamistischen Taliban wollen ihren Kampf auch gegen die neue afghanische Regierung des designierten Präsidenten Aschraf Ghani (Foto) weiterführen. »Unser Dschihad wird fortgesetzt, um unser Land vollständig von der Besatzung zu befreien und den Boden für eine echte islamische Regierung zu bereiten«, teilten die Taliban am Montag mit. Die Wahl und das Abkommen zwischen Ghani und dem Zweitplatzierten bei der Wahl, Abdullah Abdullah, zur Machtverteilung in der künftigen Regierung seien von den Amerikanern eingefädelt. Die Wahlkommission hatte Ghani am Sonntag zum künftigen Präsidenten erklärt. Abdullah bekommt eine Art Ministerpräsidentenposten. Nach Angaben von Sprechern Ghanis und Abdullahs soll der neue Präsident am Montag kommender Woche vereidigt werden. (dpa/JW)

CETA-Gutachten: Ratifizierung nötig

BERLIN. Im Streit mit der EU-Kommission, ob das Handelsabkommen CETA mit Kanada auch grünes Licht vom Bundestag braucht, erhält die Bundesregierung juristische Rückendeckung. Ein Rechtsgutachten im Auftrag von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) kommt zu dem Ergebnis, daß Brüssel den Vertrag mit Kanada nicht alleine abschließen dürfe, sondern CETA von allen 28 EU-Staaten ratifiziert werden müsse. Gabriels Staatssekretärin Brigitte Zypries (SPD) räumte am Montag aber ein, daß die EU-Kommission unverändert anderer Ansicht sei. Einen Alleingang Brüssels will Deutschland notfalls mit Partnern im Ministerrat stoppen oder den Streit vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) klären lassen. (dpa/JW)

Kleiner Gipfel von BRD und Frankreich

Kanzlerin Merkel gegen »Aufweichung« des EU-Stabilitätspakts. Premier Valls verspricht Reformen

Es war eine Art kleiner Gipfel der wirtschaftlich stärksten EU-Staaten. Die Regierungschefs der Bundesrepublik und Frankreichs trafen sich am Montag in Berlin, besprachen ihre Probleme und verkündeten prinzipielle Einigkeit. Allerdings verbirgt sich dahinter ein grundlegender Dissens bei der Wirtschafts- und Finanzpolitik, der auch weiterhin bleibt.

Bundeskanzlerin Angela Merkel lobte ausdrücklich die französischen

»Reformanstrengungen«, pochte aber zugleich auf Einhaltung des sogenannten Stabilitäts- und Wachstumspakts in der Europäischen Union. Es sei wichtig, »daß wir uns an das halten, was wir miteinander vereinbart haben«, mahnte die Kanzlerin am Montag nach dem Treffen mit Premierminister Manuel Valls in Berlin. Frankreichs Wirtschaft stagniert seit geraumer Zeit. Die Regierung in Paris hatte zuletzt angekündigt, die EU-Defizitgrenze von maximal drei

Prozent Neuverschuldung pro Jahr auch 2015 und 2016 zu verfehlen.

Auf ein damit eigentlich von der EU drohendes Strafverfahren gegen Paris wollte Merkel nicht näher eingehen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt sei bereits flexibler gestaltet worden, merkte sie an. Es sei jetzt Sache der EU-Kommission, die Lage Frankreichs zu prüfen. Premierminister Valls erklärte, er könne die Zweifel der deutschen Regierung am Reformkurs in seinem Lande ver-

stehen, wolle aber nicht um Nachsicht bitten. Seine Regierung werde liefern: »Frankreich wird auf jeden Fall seiner Verantwortung gerecht werden.«

Während die Bundesregierung auf Schuldenabbau und Haushaltskonsolidierung setzt und Neuverschuldung zum Zwecke der Konjunkturbelebung ablehnt, plädiert Paris für mehr Investitionen und einen »flexibleren« Umgang mit den Verschuldungskriterien. (dpa/JW)

Junge Welt wird herausgegeben von 1588
Genossinnen und Genossen (Stand 4.9.2014).
Informationen: www.jungewelt.de/lpg

